

# Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i> .....		V
<b>§ 1 Vorüberlegungen</b> .....	1	1
A. Was heißt EU-Privatrecht? .....	1	1
B. Zielsetzung und Aufbau des Buchs .....	2	1
C. Informationsquellen zum EU-Privatrecht .....	3	2
I. Informationen in diesem Buch .....	3	2
II. Weitere wichtige Quellen .....	4	2
1. Die Richtlinien .....	4	2
2. Rechtsprechung des EuGH .....	5	2
3. Lehrbücher .....	6	3
4. Weiterführende Informationen im Internet .....	7	3
<b>§ 2 Überblick über das bestehende Privatrecht der EU</b> .....	8	4
A. Privatrecht im primären EU-Recht .....	8	4
B. Privatrecht im sekundären EU-Recht .....	9	5
I. Arten sekundären EU-Privatrechts .....	9	5
II. Die Richtlinie .....	10	5
III. Die Verordnung .....	11	5
<b>§ 3 Europarechtliche Grundlagen für die Privatrechtssetzung</b> .....	12	7
A. Kompetenz der EU zur Rechtssetzung im Bereich des Privatrechts .....	12	7
I. Grundlagen in EUV und AEUV .....	13	7
1. Grundsätzliches .....	13	7
2. Reichweite des Art. 114 AEUV .....	14	8
a) Allgemeines .....	14	8
b) Art. 114 AEUV als Kompetenzgrundlage für privat-rechtliche Richtlinien .....	16	9
3. Subsidiaritätsprinzip und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als Kompetenzschränken .....	18	10
a) Umrisse .....	18	10
b) Rechtsangleichung und Subsidiaritätsprinzip .....	19	10
4. Art. 114 AEUV als Rechtsgrundlage für ein europäisches Vertragsgesetzbuch .....	23	12
5. Zusammenfassung .....	26	13
II. Auswirkungen fehlender Kompetenz .....	27	13
1. Nichtigkeitsklage .....	27	13
2. Rüge der Kompetenz im Wege des Vorabentscheidungsverfahrens (Imperial Tobacco) .....	28	14
B. Vorrang des EU-Rechts .....	29	14
I. Grundsatz .....	30	14
II. Wirkungsweise des Vorrangs .....	32	15
III. Vorrang des EU-Rechts und Grundrechte .....	35	16
1. Konflikt .....	35	16

2. Zurücktreten der Grundrechte hinter die Richtlinien .....	38	17
3. Keine nationale Grundrechtskontrolle <i>umgesetzten</i> Rechts ..	39	18
4. Zusammenfassung .....	40	18
<b>C. Grundfreiheiten, Diskriminierungsverbot, Unionsbürgerschaft und Privatrecht .....</b>	<b>41</b>	<b>19</b>
I. Inhalt und Wirkungsweise der Grundfreiheiten .....	42	19
1. Die Grundfreiheiten .....	42	19
2. Überblick zur Wirkungsweise der Grundfreiheiten .....	43	19
a) Deregulierungs- und Angleichungsgebot .....	43	19
b) Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot .....	44	20
II. Allgemeines Diskriminierungsverbot .....	45	20
III. Unionsbürgerschaft .....	46	21
IV. Wirkung der Grundfreiheiten auf das Privatrecht .....	48	22
1. Vorerörlegungen .....	48	22
2. Freizügigkeit und nicht diskriminierendes nationales Recht in der Rechtsprechung des EuGH .....	49	23
3. Warenverkehrsfreiheit und nicht diskriminierendes nationales Recht in der Rechtsprechung des EuGH .....	50	23
a) Die Entwicklung der Rechtsprechung bis zur Keck-Entscheidung .....	50	23
b) Heutiger Stand der EuGH-Rechtsprechung .....	52	24
4. Meinungsstand in der Wissenschaft .....	53	25
a) Ausgangspunkt: Untragbarkeit einer umfassenden Grundfreiheitskontrolle für das Privatrecht .....	53	25
b) Eingrenzung der Wirkung der Grundfreiheiten auf grenzüberschreitende Sachverhalte .....	54	25
c) Eingrenzung der Wirkung der Grundfreiheiten auf zwingendes Recht .....	55	26
d) Eingrenzung der Wirkung der Grundfreiheiten durch Aufteilung des Privatrechts in Verkaufs- und Produktmodalitäten (Weiterentwicklung der Keck-Entscheidung) .....	56	27
e) Begrenzung der Wirkung des Art. 34 AEUV durch Anwendung von Rechtfertigungsgründen .....	59	29
f) Immanente Begrenzung der Wirkung der Grundfreiheiten .....	62	30
5. Zwischenergebnis .....	64	31
6. Grundfreiheiten und nationales Privatrecht, welches über den Schutzstandard einer Richtlinie hinausgeht .....	65	31
a) Vorrang der Grundfreiheiten vor dem Mindeststandardgebot? .....	66	31
b) Rechtfertigungsgründe bei einem Grundfreiheitenverstoß durch Ausschöpfung der in den Mindeststandardklauseln gewährten Regelungsbefugnis .....	69	33
7. Drittirkung von Grundfreiheiten und Diskriminierungsverbot im Privatrecht .....	74	34
a) Geltung in den Regelwerken der Sportverbände und im privaten Arbeitsvertrag .....	74	34
b) Drittirkung durch die Generalklauseln des nationalen Privatrechts, insbesondere § 307 BGB? .....	75	35

<b>§ 4 Umsetzung, Anwendung und Auslegung von EU-Privatrecht . . . . .</b>	77	37
<b>A. Die Richtlinie und ihre Umsetzung . . . . .</b>	77	37
I. Umsetzungspflicht . . . . .	77	37
1. Notwendigkeit der Umsetzung . . . . .	77	37
2. Umfang der Umsetzungspflicht . . . . .	78	37
3. Folgen von Verletzungen der Umsetzungspflicht . . . . .	81	38
a) Unmittelbare Wirkung von privatrechtlichen Richtlinien . . . . .	81	38
b) Vertragsverletzungsverfahren . . . . .	85	40
c) Staatshaftungspflicht . . . . .	86	40
II. Die überschießende Umsetzung . . . . .	91	42
<b>B. Die Anwendung des EU-Privatrechts . . . . .</b>		43
I. Lückenhaftes, nur mittelbar geltendes EU-Privatrecht . . . . .	94	43
1. Mittelbare Geltung des eigentlichen EU-Privatrechts . . . . .	94	43
2. Lückenhaftes Gebilde . . . . .	96	44
II. Die Auslegung des EU-Privatrechts . . . . .	98	44
1. Allgemeines . . . . .	98	45
2. Die Auslegungsmethoden des EuGH . . . . .	100	45
a) Wortlaut . . . . .	100	45
b) Systematische Auslegung . . . . .	101	46
c) Teleologische Auslegung . . . . .	102	46
d) Die autonome Auslegung . . . . .	104	47
e) Rechtsvergleichende Auslegung . . . . .	105	47
III. Rechtsfortbildung im EU-Recht . . . . .	107	49
1. Rechtsfortbildung . . . . .	107	49
2. Analogie als vom EuGH genutzte Methode . . . . .	108	49
3. Wertung . . . . .	110	50
IV. Zusammenfassung . . . . .	111	51
<b>C. Die Auslegung von nationalem Recht mit EU-rechtlichem Hintergrund . . . . .</b>	112	51
I. Europäische Auslegung . . . . .	112	51
II. Grundlagen der richtlinienkonformen Auslegung . . . . .	113	51
III. Richtlinienkonforme Auslegung als Gebot des EU-Rechts . . . . .	114	52
IV. Die Reichweite der richtlinienkonformen Auslegung nationaler Gesetze . . . . .	115	53
1. Richtlinienkonforme Auslegung gegen den Willen des nationalen Gesetzgebers . . . . .	116	53
2. Richtlinienkonforme Auslegung und andere Auslegungsmethoden . . . . .	117	53
3. Richtlinienkonforme Rechtsfortbildung . . . . .	118	54
4. Richtlinienkonforme Auslegung bei überschießender Umsetzung . . . . .	123	56
5. Zeitlicher Beginn der richtlinienkonformen Auslegung . . . . .	125	57
6. Zusammenfassung . . . . .	126	57
V. Weitere Formen „europäischer“ Auslegung des nationalen Rechts . . . . .	127	58
1. Harmonisierende Auslegung . . . . .	127	58

2. Historische Rechtsvergleichung .....	128	58
3. Zusammenfassung .....	130	59
<b>D. Die Vorlage an den EuGH .....</b>	<b>131</b>	<b>59</b>
I. Zuständigkeit für die Auslegung von EU-Recht .....	131	59
II. Das Vorabentscheidungsverfahren .....	132	60
1. Vorlagepflicht .....	133	60
2. Die Auslegung von EU-Recht als Gegenstand der Vorlagefrage .....	139	62
3. Zusammenarbeit von vorlegendem Gericht und EuGH .....	141	63
a) Technik des EuGH .....	141	63
b) Die geschickte Vorlagefrage .....	143	63
4. Möglichkeiten der Parteien .....	145	65
III. Reichweite der Vorlagepflicht .....	146	65
1. Allgemeines .....	146	65
2. Keine Vorlagepflicht bei fehlender Entscheidungserheblichkeit .....	147	65
3. Keine Vorlagepflicht bei Offensichtlichkeit des Auslegungsergebnisses .....	149	66
4. Keine Vorlagepflicht bei Wahrung des Mindeststandards .....	151	67
5. Sonderfall: Die Generalklausel in der Richtlinie .....	152	68
a) Problematik .....	152	68
b) Vorlage von Generalklauseln und Mindeststandardprinzip .....	154	69
c) Vorlage von Generalklauseln und Acte-clair .....	155	69
d) Vorlagepflicht bei Generalklauseln in sonstigen Fällen .....	156	70
6. Zusammenfassung .....	164	72
a) Allgemeines .....	164	72
b) Generalklauseln .....	166	73
IV. Sonderfall: Die Vorlage an den EuGH bei überschießender Umsetzung .....	167	73
1. Grundsätzliche Zulässigkeit der Vorlage bei überschießender Umsetzung .....	167	73
2. Grenzen der Vorlage bei überschießender Umsetzung .....	168	74
3. Überschießende Umsetzung und gesetzlicher Richter .....	170	75
V. Verletzung der Vorlagepflicht und gesetzlicher Richter .....	171	75
VI. Wirkung der Entscheidungen des EuGH .....	172	76
1. Rechtskraft im engen Sinne .....	172	76
2. Bindungswirkung der Urteile des EuGH nach den EU-Verträgen .....	174	77
<b>§ 5 Allgemeine Rechtsgrundsätze des EU-Privatrechts .....</b>	<b>177</b>	<b>79</b>
<b>A. Regelungsziele des EU-Privatrechts .....</b>	<b>177</b>	<b>79</b>
I. Privatrecht als Binnenmarktrecht .....	177	79
II. Privatrechtsordnung und Wettbewerb .....	179	79
III. Zielsetzung und Dogmatik .....	180	80
<b>B. Unternehmerrecht und Verbraucherrecht .....</b>	<b>181</b>	<b>80</b>
I. Unternehmerrecht .....	181	80

II. Verbraucherrecht als Marktrecht – Modell der Konsumentensouveränität . . . . .	183	81
III. Verbraucher- und Unternehmerbegriff . . . . .	187	83
1. Vorüberlegungen . . . . .	188	83
a) Rollenspezifische Begrifflichkeit . . . . .	188	83
b) Der Verbrauchervertrag . . . . .	189	83
c) Uneinheitliche Definition . . . . .	190	83
d) Problembereiche . . . . .	192	84
2. Das Verbraucherleitbild . . . . .	197	85
3. Das Unternehmerleitbild . . . . .	200	87
4. Einzelfragen der Abgrenzung von Verbraucher und Unternehmer im EU-Recht . . . . .	202	87
a) Allgemeine Schlussfolgerungen . . . . .	202	87
b) Mischgeschäfte . . . . .	203	88
c) Existenzgründer . . . . .	205	88
d) Beruflich handelnder Arbeitnehmer . . . . .	206	89
e) Stellvertretung zwischen Verbraucher und Unternehmer . . . . .	207	89
f) Beweislast bei Zweifelsfällen . . . . .	211	90
5. Auswirkungen auf die Rechtsanwendung in Deutschland . . . . .	213	91
a) Vorüberlegung . . . . .	213	91
b) Reichweite der Anwendbarkeit des Mindeststandardgrundsatzes in Hinblick auf den in Deutschland anzuwendenden Verbraucher- und Unternehmerbegriff . . . . .	214	91
c) Keine Spiegelbildlichkeit von Verbraucher- und Unternehmerbegriff . . . . .	216	92
d) Einzelfälle . . . . .	217	93
IV. Zusammenfassung . . . . .	219	94
<b>C. Einzelne erkennbare Rechtsprinzipien . . . . .</b>	220	94
I. Vertragsfreiheit . . . . .	223	95
1. Die Vertragsabschlussfreiheit . . . . .	225	96
2. Die Vertragsausgestaltungsfreiheit . . . . .	226	96
3. Neuere Entwicklungen und Diskussion . . . . .	228	98
II. Bindungswirkung des Vertrags . . . . .	230	99
1. Pacta sunt servanda im EU-Recht? . . . . .	230	99
2. Bindungswirkung des Vertrags als notwendige Ergänzung der Vertragsfreiheit . . . . .	231	99
3. Bewertung . . . . .	233	100
4. Widerruflichkeit der Erklärung des Verbrauchers als Rechtsprinzip? . . . . .	234	101
a) Bindungswirkung und Vertrauensschutz . . . . .	234	101
b) Widerruflichkeit des Verbrauchervertrags und Vertrauenschutz . . . . .	235	101
c) Begrenzung der Widerruflichkeit durch Unternehmerinteressen . . . . .	236	102
5. Zusammenfassung . . . . .	237	102
III. Informationsprinzip – Transparenzgebot . . . . .	238	102
1. Information als Rechtsprinzip . . . . .	238	102
2. Vorrang der Information vor anderen Schutzinstrumenten . . . . .	240	104

3. Notwendigkeit von Information über das geschriebene Recht hinaus? . . . . .	242	104
4. Informationsmodell kontra Konsensprinzip? . . . . .	243	105
a) Formbindung und Widerrufsrecht als Ausfluss des Informationsprinzips . . . . .	243	105
b) Verhältnis von Informationsprinzip und Konsensprinzip . . . . .	244	105
5. Transparenz als Prinzip des Verbrauchervertragsrechts . . . . .	246	106
6. Zusammenfassung . . . . .	250	107
IV. Gleichbehandlungsgrundsatz oder Diskriminierungsverbot . . . . .	251	108
1. Gleichbehandlung im geschriebenen Recht . . . . .	252	108
2. Gleichbehandlung als allgemeiner Grundsatz des EU-Rechts . . . . .	255	109
3. Zusammenfassung . . . . .	256	110
V. Schutz des Verbrauchers als Rechtsprinzip? . . . . .	257	110
VI. Berechtigte Erwartungen . . . . .	259	111
1. Verbrauchertrauen und Verbrauchererwartungen . . . . .	259	111
2. Ablesbarkeit des Prinzips der „berechtigten Erwartungen“ im Verbrauchervertragsrecht . . . . .	262	112
a) Berechtigte Erwartungen in den Richtlinien . . . . .	262	112
b) Berechtigte Erwartungen in der Rechtsprechung des EuGH . . . . .	267	114
3. Abgrenzung des Grundsatzes der berechtigten Erwartungen zu anderen Rechtsgrundsätzen . . . . .	268	115
4. Auswirkungen des Grundsatzes der berechtigten Erwartungen im Vertragsrecht . . . . .	269	115
a) An den berechtigten Erwartungen ausgerichtetes Recht . .	269	115
b) Berechtigte Erwartungen als Grundsatz für die Auslegung des EU-Privatrechts . . . . .	270	116
c) Auswirkung auf die Vertragsauslegung . . . . .	273	117
5. Zusammenfassung und Bewertung . . . . .	275	118
VII. Vertragliche Solidarität . . . . .	276	118
VIII. Umfassender Schadensersatz . . . . .	278	119
1. Grundsatz der Schadensersatzpflicht? . . . . .	278	119
2. Grundsatz des umfassenden Ersatzes bei ersatzpflichtigen Schäden . . . . .	281	120
a) Allgemeines . . . . .	281	120
b) Ersatz immaterieller Schäden . . . . .	282	121
IX. Verbot des Rechtsmissbrauchs . . . . .	283	121
X. Allgemeiner Grundsatz von Treu und Glauben . . . . .	284	122
XI. Verhaltenssteuerung durch EU-Privatrecht . . . . .	287	123
1. Paternalistische Tendenzen im Recht der EU . . . . .	287	123
2. Verhaltenssteuerung durch Privatrecht . . . . .	288	124
XII. Zusammenfassung: Vernunft statt Freiheit? . . . . .	289	125
<b>§ 6 Die einzelnen Regelungen des EU-Privatrechts und ihre Auswirkungen auf die Rechtsanwendung . . . . .</b>	<b>290</b>	<b>126</b>
A. Die Regelungen des sekundären EU-Privatrechts zum Abschluss und zur Wirksamkeit von Verträgen . . . . .	290	126
I. Allgemeine Rechtsgeschäftslehre . . . . .	290	126

1. Fehlen von Regelungen in den Richtlinien .....	290	126
2. Elektronischer Vertragsschluss nach der E-Commerce-RL .....	291	126
<b>II. Inhaltliche Wirksamkeitsvoraussetzungen/Unwirksamkeit und</b>		
<b>Wirksamkeit von Verträgen .....</b>	<b>295</b>	<b>128</b>
1. Allgemeines .....	295	128
2. Gleichbehandlung als Wirksamkeitsvoraussetzung? .....	296	128
3. Wirksamkeitsgebote .....	297	129
4. Zusammenfassung .....	298	130
<b>III. Einfluss besonderer Informationspflichten auf den Abschluss von</b>		
<b>Verträgen? .....</b>	<b>299</b>	<b>130</b>
1. Bedeutung der Information für den Vertrag .....	299	130
2. Informationspflichten für Fernabsatzverträge in der Verbrau-		
cherrechte-RL .....	300	131
3. Informationspflichten im elektronischen Geschäftsverkehr ..	301	131
4. Informationspflichten bei sonstigen Verträgen .....	302	132
<b>IV. Formvorschriften .....</b>	<b>304</b>	<b>133</b>
<b>V. Widerrufsrechte .....</b>	<b>305</b>	<b>134</b>
1. Einzelregelungen in den Richtlinien .....	306	134
2. Ausgestaltung in der deutschen Umsetzung .....	307	134
3. Übersicht über die Problembereiche .....	308	135
a) Tendenziell überschießende Umsetzung .....	308	135
b) Von den Widerrufstatbeständen erfasste		
Rechtsgeschäfte .....	309	135
c) Widerrufsfristen .....	310	135
d) Das Widerrufsrecht in den Schrottimmobilienfällen .....	311	136
4. Die einzelnen Widerrufstatbestände und ihre Umsetzung in		
das deutsche Recht .....	312	137
a) Das Widerrufsrecht bei Haustürgeschäften .....	312	137
b) Widerrufsrecht in der neuen Verbraucherkredit-RL .....	320	140
c) Das Widerrufsrecht in der Teilzeitnutzungsrechte-RL ..	321	141
d) Das Widerrufsrecht bei Fernabsatzgeschäften .....	323	141
e) Das Widerrufsrecht in der Richtlinie über den Fernabsatz		
von Finanzdienstleistungen .....	330	144
5. Die Umsetzung der unterschiedlichen Widerrufsfristen in		
Deutschland .....	331	145
a) Allgemeines .....	331	145
b) Widerrufsfrist bei ordnungsgemäßer Belehrung .....	332	145
c) Widerrufsfrist bei fehlender oder fehlerhafter		
Belehrung .....	333	146
d) Widerrufsfrist und Präklusion nach § 767 Abs. 2 ZPO ..	336	147
6. Die Umsetzung der Rechtsfolgen des Widerrufs in Deutsch-		
land .....	337	148
a) Vorüberlegung zur Systematik des BGB .....	338	148
b) Nutzungsersatz bei Widerruf .....	339	149
c) Ersatz für die Verschlechterung durch Ingebrauchnahme		
und Gebrauch bei Widerruf .....	346	152
d) Konkurrenz von Nutzungsersatz und Ersatz für Ver-		
schlechterung durch Gebrauch .....	349	153
e) Die Regelung des § 346 Abs. 1 BGB in Bezug auf		
Versandkosten .....	352	155

f) Ersatzpflicht bei zufälligem Untergang der Sache nach § 357 Abs. 3 S. 3 BGB .....	354	156
g) Die Folgen des Widerrufs eines Realkreditvertrags .....	355	157
h) Zusammenfassung .....	362	160
<b>VI. Die Einbeziehung von allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) in den Vertrag .....</b>	<b>363</b>	<b>160</b>
1. Einbeziehung von AGB nach der Klausel-RL .....	363	160
2. Einbeziehung von AGB im Fernabsatz und E-Commerce .....	364	161
3. Sonderfall: Einbeziehung von AGB bei Internetauktionen .....	365	161
<b>VII. Sonderfall: Die Regelung über unbestellt zugesandte Waren und ihre Umsetzung in Deutschland .....</b>	<b>367</b>	<b>162</b>
1. Regelung in der Fernabsatz- und der Verbraucherrechte-RL .....	367	162
2. Die Reichweite des § 241a BGB vor dem Hintergrund der Richtlinienvorgaben .....	368	163
a) Möglichkeit der konkludenten Annahme .....	368	163
b) Gesetzliche Ansprüche .....	370	164
<b>B. Allgemeine Regelungen zum Inhalt von Verträgen .....</b>	<b>371</b>	<b>165</b>
<b>I. Die Inhaltskontrolle nach der Klausel-RL .....</b>	<b>371</b>	<b>165</b>
1. Grundlagen .....	372	165
2. Ziele der Klausel-RL .....	375	166
3. Erfasste Klauseln .....	376	166
a) Kontrolle kurzer und klarer Vertragsbedingungen .....	376	166
b) Notarielle Verträge als Klauseln im Sinne der Richtlinie .....	377	167
c) Vom nationalen Gesetzgeber geschaffene Vertragsbedingungen .....	378	168
4. Der unionsrechtliche Maßstab von Treu und Glauben nach Art. 3 Klausel-RL .....	380	169
a) Treuwidriges Abweichen vom dispositiven Recht .....	380	169
b) Eigenständiger europäischer Maßstab von Treu und Glauben .....	381	169
c) Der Anhang zu Art. 3 Klausel-RL .....	382	170
d) Individuelle Beurteilung .....	383	170
5. Der Maßstab des Art. 5 Klausel-RL – Transparenz .....	384	170
a) Transparenzvorgabe in der Richtlinie .....	384	170
b) Rechtsfolgen der Transparenzkontrolle von Hauptleistungspflichten .....	385	171
<b>II. Klauselverbote in anderen Richtlinien .....</b>	<b>390</b>	<b>173</b>
<b>C. Besondere Vertragsarten im EU-Privatrecht .....</b>	<b>392</b>	<b>174</b>
I. Einführung .....	392	174
II. Der Verbraucherkreditvertrag .....	393	174
1. Entstehungsgeschichte und Ziele der Verbraucherkredit-RL .....	394	174
2. Strategie der Vollharmonisierung .....	396	175
3. Der Verbraucherkreditvertrag .....	397	176
a) Begriff und erfasste Verträge .....	397	176
b) Sonderproblem 1 – der Bürgschaftsvertrag .....	399	176
c) Sonderproblem 2 – Abschluss des Kreditvertrags durch Vertreter .....	401	177

III. Der Verbrauchsgüterkaufvertrag .....	403	178
1. Entstehungsgeschichte und Ziele der Verbrauchsgüterkauf-RL .....	403	178
2. Der Verbrauchsgüterkaufvertrag .....	404	179
IV. Der Pauschalreisevertrag .....	405	179
1. Ziele der Pauschalreise-RL .....	405	179
2. Der Pauschalreisevertrag .....	406	179
V. Der Zahlungsdienstevertrag .....	407	180
1. Ziele der Zahlungsdienste-RL .....	407	180
2. Der Zahlungsdienstevertrag .....	408	180
VI. Der Teilzeitnutzungsrechtevertrag .....	410	181
1. Ziele der Teilzeitnutzungsrechte-RL .....	410	181
2. Der Teilzeitnutzungsrechtevertrag .....	411	181
<b>D. EU-Vorschriften zur vertraglichen Haftung .....</b>	<b>412</b>	<b>182</b>
I. Übertragung des Rechtsfolgenbereichs in den Umsetzungsspielraum der Mitgliedstaaten .....	412	182
II. Haftung bei der Verletzung von Informationspflichten .....	413	182
1. Mögliche Folgen von Informationspflichtverletzungen .....	413	182
2. Informationspflichtverletzung als Pflichtverletzung iSd § 280 Abs 2 BGB .....	416	183
3. Kausal verursachter Schaden .....	417	184
4. Problematik der Rechtsdurchsetzung .....	418	184
a) Verbandsklage .....	418	184
b) Wettbewerbsrecht .....	419	185
III. Haftung bei der Verletzung von Gleichbehandlungspflichten .....	420	185
IV. Leistungsfristen und Verzug .....	424	187
1. Vorschriften zu Leistungsfristen und Verzug im EU-Privatrecht .....	424	187
2. Geltungsbereich und wesentliche Elemente der Zahlungsverzugs-RL .....	426	187
3. Umsetzung der Zahlungsverzugs-RL .....	427	188
a) Geringe Abweichung vom nationalen Recht .....	427	188
b) Der Begriff „verantwortlich“ .....	428	188
c) Verzugseintritt bei Banküberweisung .....	429	189
V. Mängelhaftung beim Warenkauf .....	430	189
1. Grundlagen .....	430	189
a) Bedeutung .....	430	189
b) Zentrale Regelungen .....	431	190
2. Die Vertragsmäßigkeit der Ware .....	433	191
a) Vorüberlegung .....	433	191
b) Erwartungen des Käufers bei Vereinbarungen .....	435	192
c) Exkurs: Der Begriff „vernünftigerweise“ .....	437	193
d) Erwartungen des Käufers und Vertragsmäßigkeit .....	439	193
e) Die Regelung des Art. 2 Abs. 3 Verbrauchsgüterkauf-RL (§ 442 BGB) .....	441	195
3. Weitere Einzelfragen zur Auslegung der Verbrauchsgüterkauf-RL .....	446	197
a) Der Beschaffenheitsbegriff .....	446	197
b) Erfordernis der Fristsetzung durch den Verbraucher .....	450	199

c) Minderung nach Nacherfüllung? .....	453	200
d) Wertersatz für die erfolgte Nutzung der Ware bei Ersatzlieferung .....	455	200
e) Ersatzlieferung beim Stückkauf .....	457	201
f) Die Regresskette bei Gebrauchtwaren .....	459	202
g) Zwingende Geltung oder Abweichungen „zugunsten des Verbrauchers“? .....	463	203
h) Umfang und Erfüllungsort der Nacherfüllung .....	464	204
<b>VI. Haftung bei Pauschalreisen .....</b>	<b>473</b>	<b>207</b>
1. Die Haftungstatbestände .....	473	207
2. Die Umsetzung der Haftungstatbestände .....	474	207
3. Der Umfang der Ersatzpflicht .....	475	208
<b>VII. Die Haftung im Zahlungsdienstevertrag .....</b>	<b>476</b>	<b>208</b>
1. Haftung des Zahlungsinstituts .....	476	208
2. Haftung bei Kartenmissbrauch .....	477	209
<b>E. EU-Vorschriften zur außervertraglichen Haftung .....</b>	<b>479</b>	<b>209</b>
<b>I. Produkthaftung .....</b>	<b>479</b>	<b>209</b>
1. Die Produkthaftungs-RL .....	480	210
2. Für die Auslegung des nationalen Rechts wichtige Inhalte der Richtlinie .....	481	210
a) Fehler .....	481	210
b) Haftungsausfüllende Kausalität .....	482	210
c) Schadensbegriff .....	483	211
d) Umfang der Haftung .....	484	211
<b>II. Verantwortlichkeit des Diensteanbieters .....</b>	<b>490</b>	<b>213</b>
1. Regelungsrahmen .....	490	213
2. Ausgestaltung der Regelung .....	491	213
<b>F. Sachenrecht .....</b>	<b>492</b>	<b>214</b>
<b>I. Allgemeines .....</b>	<b>492</b>	<b>214</b>
<b>II. Unverlangt übersendete Ware .....</b>	<b>493</b>	<b>214</b>
<b>III. Teilzeitnutzungsrechte .....</b>	<b>494</b>	<b>214</b>
<b>IV. Kulturgüterschutz .....</b>	<b>495</b>	<b>214</b>
<b>G. EU-Vorschriften zum anwendbaren Recht .....</b>	<b>496</b>	<b>215</b>
<b>I. Bedeutung des Kollisionsrechts im Binnenmarkt .....</b>	<b>497</b>	<b>215</b>
1. Rechtsverfolgung und Durchsetzung im Binnenmarkt .....	497	215
2. Europäisches Zivilverfahrensrecht .....	498	216
3. Entwicklung des Kollisionsrechts und spezifische Schwierigkeiten .....	501	217
4. Regelungsziele und grundlegender Konflikt .....	505	218
a) Kollisionsrecht und Binnenmarktverbesserung .....	505	218
b) Binnenmarktausrichtung der Kollisionsnormen .....	506	219
<b>II. Die Rom I-VO .....</b>	<b>509</b>	<b>220</b>
1. Grundsätzliches .....	509	220
2. Sachlicher Anwendungsbereich .....	510	220
a) Allgemeines .....	510	220
b) Culpa in contrahendo .....	511	221
c) Weitere Abgrenzungsfragen zur Rom II-VO .....	514	222
d) Ausgenommene Rechtsfragen .....	517	223

3. Wichtige Kollisionstatbestände .....	518	223
a) Vorrang der Rechtswahl .....	518	223
b) Allgemeine Anknüpfungsregeln .....	520	224
c) Verbraucherverträge .....	521	224
d) Eingriffsnormen .....	525	226
e) Verkehrsschutz vor Minderjährigenschutz .....	527	226
f) Weitere Rechtsfragen .....	528	227
III. Die Rom II-VO und ihre Lücken .....	530	227
1. Grundsätzliches .....	530	227
2. Internationaler und sachlicher Anwendungsbereich .....	531	228
3. Die wesentlichen Anknüpfungstatbestände .....	532	228
a) Der allgemeine Deliktstatbestand .....	532	228
b) Produkthaftung als deliktischer Sondertatbestand .....	533	228
c) Rechtswahl beim Delikt .....	534	229
d) Die Anknüpfung sonstiger außervertraglicher Schuldverhältnisse .....	535	229
IV. Kollisionsrecht im sekundären EU-Recht .....	537	230
1. Allgemeines .....	537	230
2. Der Günstigkeitsgrundsatz .....	538	231
V. Allgemeine Grundsätze .....	539	231
1. Grundfreiheiten und anzuwendendes Recht .....	539	231
2. Begriffsverwendung .....	542	233
3. Konflikt zwischen Herkunftsland-/Anerkennungsprinzip und Kollisionsregeln .....	543	233
4. Kritik .....	544	234
5. Herkunftslandprinzip und schützenswerte Interessen .....	545	235
a) Allgemeines .....	545	235
b) E-Commerce-RL .....	546	235
c) Dienstleistungs-RL .....	548	236
6. Herkunftslandprinzip und Drittstaaten .....	549	236
7. Zusammenfassung .....	550	237
<b>§ 7 Die Zukunft des EU-Privatrechts – Entstehung eines europäischen Vertragsgesetzbuchs?</b> .....	551	238
<b>A. Überblick</b> .....	551	238
I. Eingrenzung .....	551	238
II. Private Arbeitsgruppen und Projekte im Bereich des Vertragsrechts .....	552	238
III. Öffentliche und private Projekte im Bereich der Rechtsvereinheitlichung auf weiteren Gebieten des Privatrechts .....	554	239
<b>B. Entwicklung eines europäischen Vertragsgesetzbuchs</b> .....	556	240
I. Überblick .....	556	240
II. Die Entwicklungen bis zur Fertigstellung des Verbraucher-Acquis und des Referenzrahmens (DCFR) .....	557	241
1. Anfänge .....	557	241
2. Die erste Mitteilung der Kommission .....	559	242

3. Die zweite Mitteilung der Kommission: Der Aktionsplan zur Weiterentwicklung des europäischen Privatrechts vom 12.2.2003 und die Gründung des „Joint Network on European Private Law“ .....	563	243
4. Die dritte Mitteilung der Kommission vom 11.10.2004 .....	565	244
5. „Erster jährlicher Fortschrittsbericht zum europäischen Vertragsrecht und zur Überprüfung des gemeinschaftlichen Besitzstands“ der Kommission – vom 23.9.2005 und die Reaktionen von Parlament und Rat .....	566	245
6. Zweiter Fortschrittsbericht der Kommission zum Gemeinsamen Referenzrahmen vom 25.7.2007 .....	567	245
<b>III. Acquis-Sammlung und Referenzrahmen .....</b>	<b>568</b>	<b>246</b>
1. Die Herausarbeitung des Verbraucher-Acquis .....	568	246
2. Die Erarbeitung des Referenzrahmens .....	569	246
<b>IV. Die weiteren Schritte der Organe der EU in Hinblick auf die Sammlung und Überarbeitung des Acquis sowie auf das europäische Vertragsrecht .....</b>	<b>570</b>	<b>247</b>
1. Überblick .....	570	247
2. Verwertung der Acquis-Sammlung – Erarbeitung der Verbraucherrechte-RL .....	571	247
a) Das Grünbuch „Die Überprüfung des gemeinschaftlichen Besitzstands im Verbraucherschutz“ vom 8.2.2007 .....	571	247
b) Die Verbraucherrechte-RL .....	572	247
3. Verwertung des Referenzrahmens – das CESL als optionales Instrument .....	574	248
a) Grünbuch zu den Optionen für die Einführung eines Europäischen Vertragsrechts für Verbraucher und Unternehmen vom 1.7.2010 .....	574	248
b) Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie .....	575	249
c) Veröffentlichung des Entwurfs über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht .....	576	249
<b>C. Bewertung der Entwicklungen und Blick in die Zukunft .....</b>	<b>579</b>	<b>250</b>
I. Handlungsbedarf .....	579	250
II. Kompetenz der EU für den Erlass eines einheitlichen Kaufrechts .....	580	251
III. Inhaltliche Überlegungen .....	581	251
1. Allgemeines .....	581	251
2. Die Bewertung des CESL .....	585	253
<i>Anhang I .....</i>		255
<i>Anhang II .....</i>		270
<i>Anhang III .....</i>		271
<i>Stichwortverzeichnis .....</i>		273